

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Druckerei-Haus geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 7405-82.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1,40 monatlich, M. 4,20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief, M. 6,25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postanweisung. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle „Wiesbadener Tagblatt“, sowie die Hauptstellen in allen Teilen des Reichs; in Wiesbaden: die hiesigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeilen 25 W. für deutsche Anzeigen; 35 W. für auswärtige Anzeigen, 1,25 W. für deutsche Kleinanzeigen; 2,50 W. für auswärtige Kleinanzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderlicher Anzeigen im kurzen Zwischenräumen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorbestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Köhler 6202 und 6203.

Samstag, 2. November 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 513. • 66. Jahrgang.

## Los von Preußen?

Aus München wird uns geschrieben:

Es ist allgemein bekannt, dass die deutsche Bevölkerung unter dem Druck der atemlosen Spannung, mit der alles die Fortentwicklung der deutsch-amerikanischen Verhandlungen verfolgt, etwas stiller geworden ist. Die Wünsche nach Loslösung Süddeutschlands vom Norden; die Pläne für einen neuen Rheinbund in Form eines süddeutschen oder deutsch-österreichischen Bundes wollen weder bei den denkenden Volksschichten noch in ihren politischen Vertretungen besonderen Anklang finden. Schon die eine Tatsache, dass sich unsere Gegner mit solcher Liebe des alten Gegenstandes zwischen süd- und norddeutschem Empfinden erinnern und ihn aufs neue zu beleben suchen, muß uns doch zu denken geben; sie werden nicht zögern, auf dem bevorstehenden Friedenskongress mit allen möglichen vielversprechenden Ködern das Band zwischen Nord und Süd zu lockern oder zu zerreißen und so ähnlich wie nach dem Wiener Kongress Deutschland zu einem bunten Konglomerat wirtschaftlich wie politisch gleich bedeutungsloser Kleinstaatchen umzuformen.

Dieser Gefahr müssen wir rechtzeitig ins Auge sehen; wir müssen uns bewußt sein, daß es den Gegnern keineswegs nur um den Sturz des alten autokratischen Regiments zu tun ist, sondern vor allem darum, die im Reich verkörperte Einheit und Zusammenfassung unserer Kultur- und Wirtschaftskraft zu zertrümmern. So schrieb erst vor kurzem ein angelegentlich französisches Blatt, „daß Deutschland auch vor der einheitlichen sozialistischen Berliner Waise ebenso gelichtet werden müsse wie vor dem Junkerregiment“. Welche schlimmen wirtschaftlichen Folgen der Zerfall Deutschlands in eine Anzahl von Einzelstaaten mit sich bringen müßte, das sollte heute eigentlich dem einfachsten Bauern und Arbeiter klar sein. Eritzen wir uns nur der Klagen, die schon so oft nur über die Tatsache der bayerischen Briefmarken insbesondere in allen Grenzbezirken Bayerns erhoben wurden. Mit welchem Nachdruck wurde von allen Seiten die Vereinheitlichung unseres Eisenbahnwesens gefordert? Und wie wollen wir ein einheitliches deutsches Wasserstraßennetz schaffen, wenn noch mehr Instanzen dabei befragt werden müssen? Daß die Vereinheitlichung unseres Wirtschaftslebens durch den Abschluß der Handelsverträge der Industrie wie der Landwirtschaft gleich große Vorteile brachte, ist wohl auch kaum zu bestreiten; ein einfacher Hinweis auf den fast völligen Stillstand der deutschen Auswanderung wie den Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfte Beweis genug sein. Und daß unsere einheitliche Sozialversicherung der Arbeiter und ihren Familien unerschütterlichen Segen, den Gemeinden sehr fühlbare Entlastung brachte, bedarf wohl auch keiner starken Begründung. Und wollen unsere Kaufleute etwa das alljährlich erregene einheitliche Handels- und Wechselrecht vermissen, wollen wir an Stelle unseres großartig aufgebauten einheitlichen Geschäftsbuches etwa wieder ein paar Tausend einzelstaatlicher Rechtsbücher? Wollen unsere Handwerker durch Aufhebung oder Auserkennung der Reichsgewerbeordnung wieder ihre ganze mühsam aufgebauete Innungsorganisation, ihre so leistungsfähig wirkenden Handwerkskammern ins Wasser werfen? Die wenigen angeführten Einzelheiten dürften genügen, um so manchen, der gedankenlos das ausgearbeitete Schlagwort nachplappert, zum Nachdenken über die Folgen und vielleicht auch zum Nachschlagen in Büchern aus der Zeit vor der Reichsgründung zu veranlassen. Noch leben genug Reigen unter uns, die sich dieser Zeiten erinnern; sie haben solche wohl niemals zurück geminiert.

Und trotzdem können wir in manchem dem Aufzustimmen: los von dem bisher mahnenden dreifachen Bürokratismus, dem eingebildeten Dünkel, der sich über alles erhoben fühlte, los von der allein seligmachenden Beamtenherrschaft, los von dem rüden Kasernenhofen im öffentlichen Leben, los von der kulturellen Überwucherung und Verfinstlung durch den Berliner Snobismus wie von der wirtschaftlichen Unterdrückung durch das Berliner Großkapital: geistige, soziale, politische und kulturelle Freiheit im Süden und Norden, Ost und West, Duldung und Verständnis für jede berechnete Eigenart! Aber in und aus dieser Freiheit heraus treues, inniges und unzerstörbares Festhalten an unserem gemeinsamen Volkstum, unserer Kultur wie unserer wirtschaftlichen Einheit! Deutschland, Deutschland über alles!

## Zur Kaiserfrage.

B. A. Berlin, 1. Nov. (Fig. Drahtbericht, ab.) Zu der am heutigen Vormittag stattgefundenen Sitzung des Reichstages äußerten sich die Teilnehmer, daß der Hauptpunkt der Verhandlungen eine Aussprache über die Frage der Abdankung des Kaisers bilde. „Aber, wie es scheint, ist eine gewisse Einigkeit besteht. Ferner wurde bei den Beratungen eine Milderung des bestehenden Versammlungsrechts

beschlossen, wonach für die Folge alle öffentlichen Versammlungen, so weit sie nicht die Kriegsführung, den Friedensschluß und die öffentliche Sicherheit gefährden, stattfinden dürfen.

B. A. Berlin, 1. Nov. (Fig. Drahtbericht, ab.) Zu der Mitteilung, daß der Staatssekretär Scheidemann eine Denkschrift über die Frage der Abdankung des Kaisers verfaßt und dem Reichskanzler übergeben habe, berichtet das „B. T.“, daß eine solche Denkschrift nicht existiert. Es dürfte sich um einen Brief handeln, den Scheidemann vor einigen Tagen an den Reichskanzler von Baden gerichtet hat und in dem die Notwendigkeit, daß der Kaiser zurücktritt, betont wurde.

## Die Waffenstillstandsfrage.

Die Beratungen der Alliierten.

Br. Paris, 1. Nov. (Fig. Drahtbericht, ab.) Die „Revue Rühmer“ meldet von der italienischen Grenze: Die interalliierten Regierungen sind nach einem römischen Bericht der „Peregrinazione“ mit den Forderungen der militärischen Stellen für die Waffenstillstandsbedingungen einverstanden. Die Konferenz der alliierten Vertreter in Paris befaßt sich jetzt mit den Friedensbedingungen. Zum erstenmal treten in dieser Angelegenheit — so betont das Blatt — die Vereinigten Staaten mit Frankreich, England und Italien in Verbindung. Der Verhandlungsausschuss soll daher noch und fruchtbringend sein, damit das Friedensprogramm schnell aufgestellt und Deutschland mitgeteilt werden könne, wenn es sich den Waffenstillstandsbedingungen unterwerfe. Im Gegenzug hierzu sagt die „Times“, über die Fortschritte der Beratungen in Versailles sei wenig bekannt. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß sie nicht so schnell abgeschlossen werden könnten, weil sehr viele Fragen zur Diskussion stünden. In erster Linie sei es notwendig, eine allgemeine Grundidee für das Abkommen zwischen den alliierten Ländern zu schaffen. Täglich und stündlich trafen neue Vorschläge der schnellen Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie ein. Über den Zustand in der Türkei seien auch noch keine zuverlässigen Berichte eingegangen.

## General Koch als Unterhändler bestimmt.

Br. Rotterdam, 1. Nov. (Fig. Drahtbericht, ab.) Nach Meldungen englischer Blätter hat General Koch von den alliierten Heeresleitungen die Vollmacht zur Führung und zum Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen erhalten. In Paris rechnet man, daß der französische Kriegsminister in der Kammer mitteilt, auf eine Lösung der Frage im Laufe der nächsten Woche.

## Gegensatz zwischen Wilson und Lloyd George?

Br. Paris, 1. Nov. (Fig. Drahtbericht, ab.) Die „Rühmer“ erfährt von besonderer Seite aus dem Haag: Nach verlässlichen Informationen ergeben sich wegen der Festlegung der zu stellenden Friedensbedingungen große Schwierigkeiten zwischen den Alliierten und Wilson, dessen Meinung in dieser Frage mit derjenigen Lloyd Georges in starkem Gegensatz steht. Aus dieser Tatsache ist das Drängen der Vorläufige-Befehle nach Einberufung des diplomatischen Interalliierten-Kongresses zu erklären. Wilsons Vertrauensmann, Oberst House, hat die englische Nachricht, er werde an dem diplomatischen Interalliierten-Kongress teilnehmen, bisher nicht bestätigt.

## Deutsch-Österreich.

### Die Bildung einer deutsch-österreichischen Armee.

W. T. B. Wien, 1. Nov. (Drahtbericht, ab.) Wie die Blätter melden, traten mittags im Abgeordnetenhaus die Abgeordneten Wölfl, Leutner, Hillebrand, Schöpper, Wolf, Jaro und Ganser mit den Offizieren und Soldatenabgeordneten zusammen, um über die Schaffung einer deutsch-österreichischen Armee zu beraten. An der Beratung nahm auch General Seib, der neue Militärkommandant von Wien, General der Infanterie Frhr. v. Kirchbach sowie der Generalinspektor des Wiener Militärkommandos Primawesl teil. Oberst Primawesl hielt an die Offiziers- und Soldatenabordnung eine Ansprache, in der er auseinanderlegte, daß es zunächst Aufgabe eines jeden Soldaten sei, dafür zu sorgen, daß nicht durch falsche Maßnahmen Verunsicherung in das Militär getragen werde und daß nichts geschehe, was eine Desorganisation des Militärs herbeiführen könnte. Es handle sich also darum, im Hinterland aus den Kadres die fremdsprachlichen Soldaten auszuscheiden und ihren Einsatz zur Verfügung zu stellen, die Demobilisierungen im Hinterland vorzubereiten und in ruhige Bahnen zu lenken. Die Frontarmee müsse zunächst nicht in Betracht gezogen werden. Der Oberst hat die Truppe beruhigend und aufklärend unter den Soldaten zu wirken. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß sich heute nachmittags Vertreter des Stadtrates in die Wiener Kasernen begaben, um mit den gewählten Vertretern der Soldaten in Verhandlungen bezüglich der Bildung einer nationalen Armee zu treten.

W. T. B. Wien, 1. Nov. (Wiener Korrespondenzbureau.) Heute hat sich um 10.15 Uhr abends in dem Sitzungssaal des Staatsrats der provisorische Soldaten-Zentralausschuss konstituiert.

### Ein Ausweisungsantrag gegen Graf Andrássy.

W. T. B. Wien, 1. Nov. Laut einer Mitteilung werden der Nationalrat Ratik und Genossen in der nächsten Sitzung der Nationalversammlung folgenden Antrag stellen: Der von dem ehemaligen österreichischen Kaiser Karl widerrechtlich ernannte ehemalige Minister Graf Andrássy ist wegen seiner an Wilson gerichteten Note als lästiger Ausländer aus dem Gebiet Deutsch-Österreichs auszuweisen.

## Aus Ungarn.

### Der ungarische Nationalrat an die Truppen.

W. T. B. Budapest, 1. Nov. Der Nationalrat veröffentlicht eine Proklamation an die Truppen, in der der Dank für ihre Wirksamkeit an der Freiheitsbewegung ausgedrückt wird. „Der Erfolg unserer Revolution“, so heißt es in der Proklamation, „dieser Revolution mit Blumen ohne Blut, wird die ungarische Nation zu ewigem Dank gegenüber denjenigen verpflichten, die mit selbstloser Mühe an dieser Arbeit der Neuschöpfung teilgenommen haben.“

Der Nationalrat hat ferner einen Aufruf erlassen, in dem den Soldaten mitgeteilt wird, daß der Befehlshaber General Baranyi gefangen genommen und das Befehlshaberkommando, die Oberstadthauptmannschaft, die Bahnhöfe und die Telephonzentralen besetzt wurden, ohne auch nur einen einzigen Tropfen des kostbaren ungarischen Blutes zu vergießen.

### Der Treueid des ungarischen Militärs für den Nationalrat.

W. T. B. Budapest, 31. Okt. (Ungarisches Korrespondenz-Bureau.) Im Laufe des Vormittags veröffentlichte der Nationalrat eine Reihe Verfügungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Gasthäuser dürfen nur Speisen, aber keine geistigen Getränke verabreichen, die Branntweinbrenner sollen geschlossen bleiben. Eine weitere Verordnung besagt, daß die österreichisch-ungarische Bank, die elektrischen Straßenbahnen, die Druckereien, alle Lebensmittelgeschäfte und Sozialkassen ihren Betrieb fortsetzen sollen. Unter unbeschreiblichem Jubel der Menge erschien ein Regiment nach dem anderen vor dem Sitz des Nationalrates, wo ihnen der Nationalrat regimentweise den Eid abnimmt. Die Donau-Monitoren-Flottille erklärte, daß sie als militärischen Kommandanten des Exekutiv-Komitees des Nationalrates anerkenne. Hohe Militärs traten in immer größerer Zahl den Nationalrat auf, um ihm den Treueid zu leisten und sich zur Verfügung zu stellen. Im Laufe des Vormittags erschien der Sektionsrat des Ministerpräsidenten Biro beim Nationalrat und erklärte, er sei vom Erzherzog Joseph beauftragt, mitzuteilen, daß der König den Grafen Michael Karolyi zum Ministerpräsidenten ernannt habe. Ferner erschien der Vizebürgermeister Dr. Harrer beim Nationalrat und erklärte, die Hauptstadt unterwerfe sich den Beschlüssen des Nationalrates. Der Nationalrat beauftragte Harrer mit der Leitung der häuslichen Angelegenheiten. Mittags erließ der Nationalrat einen Aufruf an das Volk, in dem es heißt:

„Das Volk Ungarns, seine Soldaten, seine Arbeiterschaft und seine Bürger haben die Gewalt Ungarns in die Hand genommen. Die gesamte militärische und bürgerliche Gewalt Ungarns ist in der Hand des Präsidenten des Nationalrates, des Grafen Michael Karolyi. Der ungarische Nationalrat begrüßt anlässlich dieser Siege das Volk Ungarns. Die ungarische Demokratie bildet im heiligen Namen des Weltfriedens das Volk des Landes, wieder zu seiner Arbeit zurückzuführen. Der große Streit hat in sehr kurzer Zeit sein Ziel erreicht. Zu einer weiteren Arbeitseinstellung liegt kein Grund vor. Soldaten! Kehrt in eure Kasernen zurück und wartet dort die Weisungen der ungarischen Volksregierung ab, welche Euch Recht und Frieden bringen wird. Der Nationalrat erwartet vom Volk Ungarns Würde und Ruhe.“

### Feiern in Budapest.

W. T. B. Budapest, 31. Okt. Der ungarische Nationalrat erließ einen Befehl, demzufolge die Theater der Hauptstadt morgen am 1. November ihre Vorstellungen abbrechen sollen. Budapest und die Provinzhäute haben Flaggen ausgemacht und anlegen, um die Freude über den Sieg des Volkes auszudrücken. Wie verlautet, wird der ungarische Nationalrat heute 4 Uhr nachmittags im Einvernehmen mit dem Parlamentspräsidenten das Parlamentsgebäude übernehmen.

## Der tschecho-slowakische Staat.

### Eine ungarneindliche Maßnahme.

W. T. B. Wien, 1. Nov. Die Blätter melden aus Prag: Der tschecho-slowakische Nationalrat hat die Ausfuhr von Lebensmitteln, vornehmlich von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fetten und Futtermitteln sowie vielen Bedarfsgegenständen für die Volksbevölkerung gesperrt. Von tschechischer Seite wird erklärt, diese Maßnahme richte sich gegen Ungarn.

### Tschilcherin an die Prager Regierung.

B. A. Berlin, 1. Nov. (Fig. Drahtbericht, ab.) Die russische Sowjetregierung hat durch Tschilcherin an die tschecho-slowakische Regierung in Prag eine Note gerichtet, in der unter heftigen Angriffen auf England und Frankreich, welche die Tschecho-Slowaken für ihre eigenmächtigen Zwecke auszunutzen versuchten, die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, den Tschecho-Slowaken die Möglichkeit des Abzugs aus Rußland nach Niederlegung ihrer Waffen unter voller Garantie ihrer Sicherheit zu gewähren, um sich in ihr Heimatland zurückzubewegen. Die Sowjetregierung würde gern mit der provisorischen tschecho-slowakischen Regierung in direkte Besprechungen treten — so heißt es in der Note — um die Bedingungen der Repatriierung der Tschecho-Slowaken, die das unter der Oberhoheit der provisorischen tschecho-slowakischen Regierung in Prag stehende Territorium betreten wollen, näher zu bestimmen.

### Zur Lage in Triest.

W. T. B. Triest, 1. Nov. (Drahtbericht, Wiener Korrespondenzbureau.) Der Statthalter empfing gestern eine Abordnung des aus Vertretern der sozialdemokratischen und der nationalen Partei sowie der Slowenen bestehenden Aktionskomitees, die wegen der Übernahme der Geschäfte der Triester Sozialverwaltung erschienen war. Der Statthalter erklärte,















**Knapp, Friedrichstraße 8**



